

werde. Auch die gesundheitspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CSU (Bernhard Seidenath), Bündnis 90/ Die Grünen (Christina Haubrich), SPD (Ruth Waldmann), FW (Susann Enders) und FDP (Dr. Dominik Spitzer) sicherten ihre Unterstützung beim Erhalt der Versorgungsstrukturen in Bayern zu. Sie waren sich einig, dass der ungebremste Vormarsch fremdkapitalfinanzierter Medizinischer Versorgungszentren (iMVZ) zulasten des ländlichen Raumes gehe. Die Politiker zeigten auch Verständnis für den Frust aufseiten der Ärzte und Zahnärzte in Sachen Telematik-Infrastruktur.

Nach der Podiumsdiskussion hatten die Teilnehmer das erste Mal seit 2019 wieder die Möglichkeit zum persönlichen Austausch. Der KZVB-Vorstand nutzte die Gelegenheit, um bei den anwesenden Kassenvertretern einige offene Punkte vorzubringen.

Leo Hofmeier



*Klaus Holetschek sicherte Christian Berger seine Unterstützung im Kampf gegen die Wiedereinführung der Budgetierung zu.*

## AG-KZVen machen mobil gegen das GKV-FinStG

### Schwerpunkt bei Sitzung Mitte September

Die Arbeitsgemeinschaft der KZVen Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Westfalen-Lippe (AG KZVen) hat sich bei einer Sitzung Mitte September intensiv mit den Auswirkungen des Entwurfs des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes (GKV-FinStG) auf die zahnmedizinische Versorgung beschäftigt.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass das Gesetz in seiner aktuellen Form eine erhebliche Gefährdung für das Versorgungsniveau darstellt. Die geplante Wiedereinführung der Budgetierung werde zwangsläufig zu Leistungseinschränkungen führen. Außerdem sei eine Ausdünnung der Praxislandschaft im ländlichen Raum zu befürchten.

Leidtragende wären vor allem die Patienten, die vielerorts weitere Wege und längere Wartezeiten auf einen Zahnarzttermin in Kauf nehmen müssten. Die sieben KZVen appellierten eindringlich an den Gesetzgeber, die Wiedereinführung der Budgetierung aus dem Gesetzentwurf zu streichen.

Weitere Themen auf der Tagesordnung waren die Telematik-Infrastruktur, der Personalmangel in den Praxen, die Behandlung von Menschen mit Beeinträchtigungen, das elektronische Beantragungs- und Genehmigungsverfahren sowie die sich abzeichnende Energiekrise im kommenden Winter.

Redaktion